



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Baugenehmigungszahlen sinken weiter – Krise nur durch konsequentes Handeln abzubremsen**

**Berlin, 29.02.2024.** Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert nach der Veröffentlichung der erneut gesunkenen Baugenehmigungszahlen alle Beteiligten in Bund und Ländern zu verantwortungsvollem Handeln auf. Die Zahl der genehmigten Wohnungen sinkt gegenüber dem Vorjahr um 94 100 auf 260 100 Wohnungen und damit auf den niedrigsten Stand seit 2012. Das Statistische Bundesamt meldet 42,2 % weniger Wohnungsbauvorhaben von Privatpersonen und 20,3 % weniger von Unternehmen als im Vorjahr – besonders starke Rückgänge bei Ein- und Zweifamilienhäusern. „Die Katastrophenszenarien aus dem vergangenen Jahr sind von der Wirklichkeit noch übertroffen worden. Wir wussten, was auf uns zukommt und dann kam es doch noch viel schlimmer. Nach dem kompletten Förderstopp Anfang 2022 hat sich die Situation immer weiter verschlechtert. Auch aus den erteilten Baugenehmigungen werden häufig keine Baustellen mehr“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Erneut fallen die Zahlen und bei vielen Unternehmen die Hoffnung, dass in absehbarer Zeit ein Weg aus der Krise eingeschlagen wird. Wir warten weiter darauf, dass aus Ankündigungen seitens der Bundesregierung endlich Handlungen werden. Seit Oktober wartet die Branche auf die degressive AfA. Es wurden zwar Maßnahmen ergriffen, allerdings nicht in ausreichenden Maß: zu wenig, zu spät. Offenbar fehlt am Ende der politische Wille den Absturz abzubremsen. Die Krise ist längst da und sie wird uns noch länger begleiten mit dem Unterschied, dass sich die Lage noch verschärfen wird.“

Insolvenzen auch von alteingesessenen Familienunternehmen und Arbeitslosigkeit der Beschäftigten sind die Folgen. Das hat viele negative soziale Effekte, auch weil der Wohnungsmangel unaufholbar weiter wächst. Es grenzt an Zynismus hier von einer normalen Marktbereinigung zu sprechen.

Wir müssen endlich von den hohen, teuren Baustandards runter. Bauen muss günstiger und damit bezahlbarer werden. Was wir für die Zukunft brauchen, sind konsequente Deregulierung und viel mehr Bauland. Was wir sofort benötigen, sind die versprochenen steuerlichen Entlastungen mit denen verlässlich kalkuliert werden kann und eine auskömmliche KfW-Förderung für einen realistischen, einfachen Standard“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.